

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleile 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Annahme des Ultimatum Regierung Wirth-Bauer-Gradnauer

Die Annahme des Ultimatum.

Berlin, 11. Mai. (TU.) Der Reichstag nahm heute um 1/4 Uhr morgens mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung nach Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung den Antrag Müller-Grantsch-Tilmann (Zentr.) an, monach der Reichstag einverstanden ist, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in deren Note vom 5. Mai 1921 unter C I-III geforderten Erklärungen abgibt. Dafür stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, die Hälfte der Demokraten und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Benachrichtigung der Entente von der Annahme.

Berlin, 11. Mai. (TU.) Wie der Berliner Lokalanzeiger von zuständiger Stelle erfährt, beschloß Dienstagabend das Reichskabinett, sofort nach Annahme des Ultimatum durch den Reichstag an den Botschafter Siamer in London ein offenes Telegramm zu richten. In ihm teilt die Reichsregierung mit, daß sie auf Grund des Reichstagsbeschlusses die Bedingungen des Ultimatum annimmt. Es ist bestimmt zu erwarten, daß dieses Telegramm im Laufe des frühen Morgens abgegangen ist. Um sicher zu gehen, hat die Reichsregierung sich entschlossen, ein gleichlautendes Telegramm zu gleicher Zeit nach Paris und Rom zu übermitteln. Im Laufe des heutigen Mittwoch soll den hiesigen Gesandtschaftsträgern der Entente der Wortlaut unseres Telegramms mitgeteilt werden.

Die Note der Reichsregierung an die Entente.

Berlin, 11. Mai. (WB.) Amtlich. Der deutschen Botschaft in London ist vergangene Nacht folgende Note zur Übermittlung an Lord George telegraphisch überandt worden:
Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entscheidung der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der deutschen Regierung, wie verlangt, zu erklären. Die deutsche Regierung ist entschlossen,
1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt sind, zu erfüllen;
2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschlagenen Garantien anzunehmen und zu verwirklichen;
3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen der Abweisung von Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die eilfertigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;
4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsverurteilten durchzuführen und die übrigen unerfüllten, im ersten Teil der Note der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen. Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
gez.: Wirth.
Diese Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio abgesandt worden.

Das neue Reichskabinett.

Berlin, 10. Mai. Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach dessen Vorschlag folgende Reichsminister ernannt: Reichsfinanzministerium und Vizekanzler: Bauer, Inneres: Dr. Gradnauer, Wirtschaft: Robert Schmidt, Justiz: Dr. Schiffer, Heer: Dr. Gehler, Post: Sieberts, Verkehr: Groener, Arbeit: Dr. Brauns, Ernährung: Dr. Hermes, Aeußeres mit einstweiliger Wahrnehmung der Geschäfte betraut: Dr. Wirth, Finanzen und Wiederaufbau noch unbesetzt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie über Regierungsbeteiligung an die SPD.

Eine nicht beantwortete Gegenfrage.
Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht ein interessantes Schreiben, das unsere Reichstagsfraktion im Laufe der Verhandlungen über die Regierungsbildung an den Vorstand der SPD. gerichtet hatte. Die SPD. hatte bekanntlich bei uns angefragt, ob wir bereit seien, in eine Koalition mit Zentrum und Sozialdemokraten oder in eine rein sozialistische Regierung einzutreten. Unsere Fraktion hat auf

die erste Frage verneinend, auf die zweite mit Ja geantwortet. In dieser Angelegenheit ist nun ein zweites Schreiben an die Fraktion der SPD. gerichtet worden mit folgendem Wortlaut:

„Werte Genossen, wir haben Ihnen heute in Beantwortung Ihrer Frage über Beteiligung unserer Partei an der Bildung einer neuen Regierung u. a. folgendes mitgeteilt: Wir sind zur Beteiligung an einem rein sozialistischen Kabinett unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Ueber Hinzuziehung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie der USA und der auf freigeberwirtschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit, zu beraten. Wir bitten Sie, diesen Teil unserer Antwort als eine Gegenfrage an Ihre Partei zu betrachten, und wir legen Wert darauf, von Ihrer Partei eine schriftliche Antwort auf unsere Gegenfrage baldmöglichst zu erhalten.“

Die Freiheit bemerkt dazu: Antwort auf diese Anfrage ist nicht erteilt worden.

Die Reparationskommission sagt fort.

Paris, 10. Mai. Die Reparationskommission ist heute nachmittag zusammengetreten. Der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten, Bonden, nahm zum erstenmal wieder an den Beratungen teil. Die Reparationskommission setzte die Abschätzungsarbeiten für die deutschen Lieferungen auf Grund des Artikels 235 des Versailler Vertrages fort. Abschätzungen sind nach dem Tempore namentlich die schon gelieferten Kohlen, das zurückgelassene Kriegsmaterial und die ausgelieferten Schiffe. Zur Regelung der letzteren Frage befindet sich augenblicklich eine deutsche Delegation in Paris, die gestern mit der Reparationskommission verhandelte. Die Kommission hat eine Frist von acht Tagen zur Einreichung von schriftlichen Bemerkungen gewährt.

Die Rückwirkung der Lösung im Reich auf Preußen.

Stegerwald muß gehen — ein Kabinett Braun in Aussicht.

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird die Umbildung des Reichskabinetts eine sofortige Neubildung auch der preussischen Regierung nach sich ziehen. Eine der Bedingungen, die die Sozialdemokraten für ihren Eintritt in das Reichskabinett stellten, war die Wiederherstellung der gleichen Koalition mit Zentrum und Demokraten in Preußen. Die Herrschaft des Kabinetts Stegerwald hat also nur acht Tage gewährt. Innerhalb hat zumindest der Minister Dominicus Gelegenheit gehabt, durch seinen schweren Schritt in der falschen Beschuldigung französischer Offiziere in Oberschlesien zu beweisen, wie unfähig er für die Verwaltung eines solchen verantwortungsvollen Postens ist. Dominicus dürfte schleunigst von der Bildfläche verschwinden und, wie unser Berliner Korrespondent weiter erfährt, wird Severing bereits in den nächsten Tagen das Ministerium des Innern in Preußen übernehmen. Das Ministerpräsidium wird wahrscheinlich dem Sozialdemokraten Braun übergeben. Ungeklärt ist offenbar noch die Frage, wie das Finanzministerium zu besetzen ist. Es scheint nicht, daß der Minister Lüdemann auf diesen Posten zurückkehren wird.

Wie die bayrische Reaktion Einwohnerwehren für Oberschlesien bereitstellt.

München, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In München wird in der Presse eine ungeheure nationalistische Hege wegen Oberschlesiens getrieben. Ein Aufruf wird veröffentlicht, in dem es heißt: „Fest entschlossen, unseren deutschen Stammesbrüdern Hilfe zu bringen, rufen wir alle wahrhaft deutschen Männer auf, sich zu einem Freiwilligenverband zusammenzuschließen, der die polnische Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts gebührend beantwortet. Oberschlesien ist deutsch und muß deutsch bleiben. Arbeitgeber, eure nationale Pflicht ist es, den Arbeitnehmer, die sich als Freiwillige melden, Lohn und Gehalt für die Dauer ihrer Verwendung zu zahlen und ihre Stellen zu sichern. Deutsche Männer, meldet euch freiwillig bei den untenstehenden Sammelstellen.“ Der Aufruf ist u. a. unterschrieben vom General Kraft v. Delmenstungen und von Abgeordneten der bayrischen Volkspartei. Der Aufruf bezweckt offensichtlich, Formationen der bayrischen Einwohnerwehren unter dem Deckmantel des neuen „Freiwilligenverbandes“ nach Oberschlesien abzuschicken. Wie unser Münchner Korrespondent weiter erfährt, ist auch bereits einige bayrische Reichswehr nach Oberschlesien abgeschickt und die ehemaligen Zeitfreiwilligenformationen finden sich in den neuen Freiwilligenverbänden ebenfalls zusammen.

Mehr als eine Augenblicks-Aushilfe?

Das Ultimatum ist angenommen und eine neue Regierung gebildet — die alte bürgerlich-rechtssozialistische Koalition, wie sie vor den Reichstagswahlen bestand, kehrt reichwärtig zurück. Die Deutsche Volkspartei ist aus der Regierung ausgetreten, die Rechtssozialisten treten ein — von den Demokraten ist nur die Hälfte in die Koalition gegangen. Die Mehrheit dieser Regierung ist nicht groß, aber immerhin ausreichend. Aber sie kommt nur durch die Unterstützung der Unabhängigen Sozialdemokratie zustande.

Daß sie in diesem Falle gewährt werden mußte, liegt auf der Hand. Denn es handelte sich um die Annahme des Ultimatum, die von dieser Regierung auszusprechen ist und die als das kleinere Übel gewählt werden mußte — die Lebensinteressen des deutschen Proletariats forderten es. Damit ist natürlich keinerlei Bindung unserer Partei an die Koalition ausgesprochen. Die Zustimmung der USA gilt der Politik, die mit der Annahme des Ultimatum nach außen eingeschlagen wurde.

Hoffentlich noch rechtzeitig eingeschlagen wurde. Viel kostbare Zeit ist vergeudet worden — erst in letzter Minute ist der notwendige Entschluß gefaßt worden. Er wird knapp vor Ablauf der Frist in die Hände der Alliierten gelangen. Das wird seinen Eindruck mindern. Aber wir dürfen immerhin annehmen, daß der englische und italienische Einfluß im Großen Rat der Entente stark genug sein wird, um dem französischen Imperialismus Zügel anzulegen, der die Beute des Ruhrreviers, die er schon sicher zu haben glaubte, nur widerstrebend fahren lassen wird.

Die Atempause dürfte gewonnen sein — aber wenn es nicht mehr ist, so ist das herzlich wenig.

Es kommt darauf an, ob die Atempause genützt wird? Kommt darauf an, ob nun energisch, entschieden an die Erfüllung der Forderungen des Ultimatum gegangen wird, ob mit der zweideutigen verheißenden Politik in der Frage der Entlohnung und der Verfolgung der Kriegsverbrecher abgewandt wird.

Hier hat die neue Regierung den Beweis ihrer Lebensbereitschaft zu liefern, hier hat sie zu zeigen, daß sie wirklich eine Wendung im Kurs der deutschen Politik bedeutet. Denn sonst stehen wir in Kürze wieder vor demselben gefährlichen Abgrund, wie in diesen Tagen und all das, was durch die Unterzeichnung des Ultimatum abgewendet werden sollte, kommt doch noch über uns.

Die Schwierigkeiten beginnen jetzt erst. Der Widerstand Bayerns, der alles wieder verderben kann — der um ein Geringes entgegenkommenden Erklärung der bayrischen Volkspartei in der gestrigen Reichstags Sitzung wird man nur mit Vorbehalt größeres Gewicht beilegen dürfen — läßt sich sicherlich durch festen Willen brechen; wirtschaftliche Zwangsmahnahmen, Entziehung der Kohlenzufuhr können die Ruhr und Eschereich zur Kapitulation zwingen. Aber die Frist ist knapp und es fragt sich, ob bei den Rechtssozialisten die notwendige Energie und bei ihren bürgerlichen Verbündeten die Bereitschaft vorhanden ist, diese Mittel anzuwenden und rechtzeitig anzuwenden. Es handelt sich aber nicht nur um die bayrischen Einwohnerwehren, es handelt sich auch um die Ortschaft in den Einwohnerwehren, es handelt sich auch um die Ortschaft in den übrigen Teilen des Reiches. Nicht allein um der Entente willen — die Regierung muß sie auch schon um deswillen aufheben, um ihres Lebens sicher zu sein. Denn die Haltung der Deutschnationalen zeigt deutlich, daß die nationalistische Hege jetzt mit verdoppelter Wucht einsetzt und daß sie jeden günstigen Augenblick in den offenen Rechtsputz ausmünden kann. Wie wenig sie sich dabei auf die Reichswehr verlassen kann, wird die Regierung selbst wissen, wie schnell mit Hilfe monarchistischer Offiziere die unbewaffnete Ortschaft in solchem Falle bewaffnet sein würde aus Beständen der Reichswehr, das kann man sich vorstellen. Ist der feste Wille vorhanden, hier feste Regeln vorzulegen? Das Weiben des energielosen, vertrauensdußeligen Reichswehrministers Gehler muß sehr skeptisch stimmen. Und wenn wir uns erinnern, wieviel gerade die Rechtssozialisten früher auf diesem Gebiete verdorben und veräußert haben, so haben wir allen Grund, bedenklich zu sein. Wenn die Rechtssozialisten aus den bösen Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben sollten, so soll es uns gewiß recht sein.

Sahen wir so schon alle Vorbehalte zu machen, was das Ver-